

Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich	503
Bauwirtschaft: Weitere Verringerung regionaler Disparitäten.....	510

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 36/90

Berlin

6. September 1990

57. Jahrgang

2. Ex.

Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich

Zu Beginn der Währungsunion wurden die Alt-Schulden und die Alt-Guthaben in der DDR fast mit der gleichen Rate von der Mark auf die D-Mark umgestellt, so daß nur ein geringer, durch spezielle Forderungen der Kreditinstitute an den Staat ausgleichender Überschuß der Guthaben über die Schulden entstand. Damit sollte unter anderem erreicht werden, daß die Kreditinstitute ihre Zinsausgaben, insbesondere an die Sparer, weitgehend mit den Zinseinnahmen aus Krediten an die Betriebe und die Wohnungswirtschaft decken können, also kaum den Staatshaushalt in Anspruch nehmen müssen.

Dieser „Zinsausgleich“ wird aber nicht zustande kommen. Trotz der Umstellung der Alt-Schulden im Verhältnis 2 Mark zu 1 DM sind die Schuldenquote und die Zinsbelastung vieler Betriebe sehr hoch. Hieraus drohen sich wirtschaftlich, sozial und fiskalisch bedenkliche Konsequenzen zu ergeben: Die Treuhandanstalt könnte ihre ohnehin schwierige Aufgabe, möglichst viele volkseigene Betriebe zu sanieren und zu privatisieren, nur unzureichend erfüllen. Daraufhin würden an sich vermeidbare Konkurse und Arbeitslosigkeit den Staat zwingen, neben den — in jedem Falle unvermeidbaren — zusätzlichen Zinsausgaben Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und Subventionen sowie Mindereinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben hinzunehmen. Diese Gefahren werden immer offenkundiger. Deshalb ist die Hoffnung berechtigt, daß der schon im Frühjahr von den Wirtschaftsforschungsinstituten unterbreitete Vorschlag, die gesamten Alt-Schulden der Betriebe zu streichen, schließlich doch, in welcher Form auch immer, verwirklicht wird.

Alt-Schulden und -Guthaben nach der Währungsumstellung

Seit Einführung der Währungsunion weisen das Bankensystem und die finanziellen Beziehungen in der DDR eine neue Struktur auf; sie wird in stark verkürzter Form in der — mit grob geschätzten Zahlen (in Mrd. DM) versehenen — Tabelle 1 erkennbar. Die erste Spalte in der Tabelle repräsentiert die Betriebe mit ihrem Sachvermögen (230) und ihren Einlagen (30) auf der Aktivseite und ihren Krediten (115) auf der Passivseite der Bilanz. „Eigentümer“ der Betriebe in Form einer „Beteiligung“ (145) ist die Treuhandanstalt (Spalte 2), an der wiederum der Staat mit einem gleich großen Betrag als Eigentümer „beteiligt“

ist. An dritter Stelle steht die Kreditbank AG — eine neue Institution, die von der Staatsbank die Bankkredite an die Wohnungswirtschaft (40) und an die Betriebe (115) sowie die (meisten) Bankeinlagen der Betriebe (20) übernommen hat. An fünfter Stelle erscheint die Staatsbank Berlin; sie ist die „Hausbank“ des Staates (Bankeinlagen: 5, Bankkredite: 15). Außerdem ist die Staatsbank nur noch „Vermittler“ zwischen der Kreditbank und den Geld- und Kapitalmärkten, die hier durch die „privaten“, d. h. alle übrigen innerhalb und außerhalb der DDR ansässigen Kreditinstitute repräsentiert werden: Einerseits hat die Staatsbank einen Großkredit an die Kreditbank (130) gewährt, andererseits Kredite bei den Kreditinstituten (135) aufgenommen. Ursprünglich waren das aus-

Tabelle 1

Alt-Guthaben und Alt-Schulden in der DDR nach der Währungsumstellung
in Mrd. DM

	Staatlicher Sektor										„Private“ Kredit- institute ⁴⁾		
	Betriebe		Treuhandanstalt		Kreditbank		Staatsbank		Staat				
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	
Sachvermögen ¹⁾	230												
Bankeinlagen von priv. Haushalten ²⁾						20						130	10
Betrieben Staat	30							5	5				
Bankkredite an Wohnungs- wirtschaft Staat					40			15		15		10	
Banken- Auslandsposition Auslandsaktiva Auslandspassiva												30	50
Beteiligung des Staates an Staats- und Kreditbank						5		5	10				
Banken-Eigenkapital ³⁾													10
Zwischensumme	(260)	(0)	(0)	(0)	(40)	(25)	(15)	(10)	(15)	(15)	(40)	(200)	
Kredite der Kreditbank an Betriebe		115			115								
Staatsbank an Kreditbank						130	130						
Kreditinstitute an Betriebe								135			135		
Beteiligung des(r) Staates an Treuhandanstalt				145					145				
Treuhandanstalt an Betrieben		145	145										
Netto-Ausgleichs- forderungen Hier erfaßtes „Volksvermögen“										25	25		
										120			
Bilanzsumme	260	260	145	145	155	155	145	145	160	160	200	200	

¹⁾ Vgl. Tabelle 4. — ²⁾ Einschließlich Bargeldumlauf. — ³⁾ Einschließlich sonstiger Positionen. — ⁴⁾ Alle Kreditinstitute (Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften) ohne Kreditbank AG und Staatsbank Berlin.

Quelle: Schätzung des DIW.

schließlich — staatlich garantierte — Interbank-Einlagen; da aber einige Kreditinstitute einen Teil davon (20) abzogen, mußte sich die Staatsbank diese Gelder durch die Emission von — ebenfalls staatlich garantierten — Schuldverschreibungen (Schatzanweisungen sowie Anleihen mit fester oder variabler Verzinsung) „zurückholen“.

Diese Kredite der Kreditinstitute an die Staatsbank (135) ergeben zusammen mit den Krediten an die Woh-

nungswirtschaft (10) und den Auslandsaktiva (30) einen Bestand an Aktiva aus dem Altgeschäft von 175 Mrd. DM. Die Summe der Passiva hingegen — Einlagen (einschließlich Bargeld) der privaten Haushalte (130) und Einlagen der Betriebe (10), Auslandspassiva (50) und die (auch sonstige Positionen umfassende) Position „Eigenkapital“ (10) — betrug im Altgeschäft 200 Mrd. DM. Dieser Überschuß der Passiva über die Aktiva aus dem Altgeschäft in Höhe von 25 Mrd. DM kam deshalb zustande, weil — anders als die Forderungen der Kreditinstitute —

Tabelle 2

**Verzinsung von Alt-Guthaben und Alt-Schulden
nach der Währungsumstellung**

Aktiva und Passiva der privaten Kreditinstitute ¹⁾	Betrag, Mrd. DM	Zins, % p.a.	Jährlicher Zinsbetrag Mrd. DM
Zinsertrag für:			
Kredite an Wohnungswirtschaft	10	10	1
Kredite an Staatsbank	135	9	12
Auslandsaktiva			
RGW-Länder	10	0	0
Übrige Länder	20	8	1,5
Ausgleichsforderungen an den Staat	25	9	2
Insgesamt	200	8	16,5
Zinsaufwand für:			
Bankeinlagen ²⁾			
Private Haushalte	130	.	.
Betriebe	10	.	.
Zusammen	140	5	7
Auslandspassiva			
RGW-Länder	0	0	0
Übrige Länder	50	9	4,5
Eigenkapital u.a.	10	.	.
Insgesamt	200	6	11,5
Zinsüberschuß			5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Zur Verzinsung der Bankeinlagen			
Spareinlagen	70	3,5	2,5
Höherverzinsliche Anlagen	40	8	3
Sichteinlagen	15	0	0
Refinanzierung ³⁾ für Bargeldabhebungen	15	6	1
Zusammen	140	4,5	6,5
Refinanzierung ³⁾ für Mindestreserven	5	6	0,5
Insgesamt	145	5	7
¹⁾ Alle Kreditinstitute (Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften) ohne Kreditbank AG und Staatsbank Berlin. — ²⁾ Einschließlich der in Bargeld umgewandelten Beträge; zur Berechnung der Verzinsung vgl.: Nachrichtlich. — ³⁾ Bei der Bundesbank und zum Diskontsatz. <i>Quelle:</i> Schätzung des DIW.			

nicht alle Verbindlichkeiten im Verhältnis 2 Mark zu 1 DM, sondern Teile der Spareinlagen der Bevölkerung im Verhältnis 1 : 1 umgestellt wurden. Zum Ausgleich dieses Passivüberschusses erhielten die Kreditinstitute verzinsliche und sowohl lombardfähige als auch handelbare Netto-Ausgleichsforderungen an den Staat, genauer: an den hier nicht ausgewiesenen staatlichen „Ausgleichsfonds“.

**Zur Verzinsung des Altgeschäfts
nach der Währungsumstellung**

Mit der Tabelle 2 wird eine überschlägige Zinsaufwands- und -ertragsrechnung für die (privaten) Kreditinstitute vorgelegt. Diese Tabelle mußte sich zum erheblichen Teil auf Annahmen stützen. Zur Ermittlung des Zinsertrags wurden die in der nächsten Zeit voraussichtlich geltenden Marktzinssätze zugrunde gelegt¹⁾.

Schwieriger war die Schätzung des Zinsaufwands; denn die demnächst sich einstellende Struktur der Einlagen von privaten Haushalten und Betrieben (zusammen 140 Mrd. DM) ist ungewiß. Hier wurden folgende Annahmen getroffen: 70 Mrd. DM entfallen auf Spareinlagen mit gesetzlicher und mit vereinbarter Kündigungsfrist, 40 Mrd. DM auf „höherverzinsliche“ Kapitalmarktanlagen (Sparbriefe, Anleihen) und 15 Mrd. DM auf (nahezu) unverzinsliche Sichteinlagen. 15 Mrd. DM werden für Bargeldzwecke abgehoben, die eine Refinanzierung bei der Bundesbank zum Diskontsatz von 6 % erfordern. Außerdem müssen sich die Kreditinstitute bei der Bundesbank verschulden, um Mindestreserven (annähernd 5 Mrd. DM) zu halten. Aufgrund dieser Annahmen weisen die Kreditinstitute einen jährlichen Zinsertrag von 16½ Mrd. DM und einen jährlichen Zinsaufwand von 11½ Mrd. DM auf. Der Zinsüberschuß von 5 Mrd. DM reicht aus, um die Personal- und Sachkosten der Kreditinstitute zu decken und überdies einen ansehnlichen Gewinn zu ermöglichen; jedenfalls ist dieser Zinsüberschuß, gemessen an dem Zinsertrag, mit einer Rate von 30 vH so hoch wie die von den westdeutschen Kreditinstituten in den Jahren 1986 bis 1989 erzielte Rate²⁾.

Doch damit ist die Rechnung noch nicht zu Ende. Damit die Staatsbank 12 Mrd. DM Zinsen an die Kreditinstitute zahlen kann, braucht sie — bei Verzicht auf jegliche Zinsspanne — 12 Mrd. DM Zinseinnahmen von der Kreditbank und damit letztlich von der Wohnungswirtschaft und den Betrieben. Da die Wohnungswirtschaft nur 1½ Mrd. DM (zum „gestoppten“ Zins von 4 % für 40 Mrd. DM Kredite) aufzuwenden braucht, müßten die Betriebe 10½ Mrd. DM aufwenden, das wären 9 % auf ihre Kredite von 115 Mrd. DM.

Dieses Bild von einem annähernden „Gleichgewicht“ zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben und insofern einer weitgehenden Schonung der öffentlichen Haushalte ist freilich trügerisch. Denn die Annahme, daß die Betriebe ihren Zinsverpflichtungen nachkommen können, steht auf schwachen Füßen.

¹⁾ Da die Wohnungswirtschaft nur 4 % für Kreditzinsen zahlen dürfte, wird die Differenz zwischen diesen Zinsen und den Marktzinsen subventioniert werden müssen.

²⁾ Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht für August 1990, S. 26.

Tabelle 3

**Konsolidierte Bilanz¹⁾ der Unternehmen²⁾
Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik**

	Bestände in			Relationen in vH der(s)					
	Mrd. DM bzw. Mark			Bilanzsumme			Sachvermögens		
	BRD	DDR		BRD	DDR		BRD	DDR	
	Ende 1988		DM-Neubewertung	Ende 1988		DM-Neubewertung	Ende 1988		DM-Neubewertung
AKTIVA									
Anlagevermögen, netto ³⁾	1 890	700	180	55	70	69	81	74	78
Vorräte ⁴⁾	440	240	50	13	24	19	19	26	22
Sachvermögen, netto	2 330	940	230	68	94	88	100	100	100
Geldvermögen ⁵⁾	1 100	60	30	32	6	12	.	.	.
Bilanzsumme	3 430	1 000	260	100	100	100	.	.	.
PASSIVA									
Eigenkapital	1 900	770	145	55	77	56	82	82	63
Verpflichtungen ⁶⁾	1 530	230	115	45	23	44	66	24	50
Bilanzsumme	3 430	1 000	260	100	100	100	.	.	.
Nachrichtlich: Netto-Verpflichtungen ⁷⁾	430	170	85	.	.	.	18	18	37

Anmerkungen: 1) Ohne Grundvermögen und ohne intrasektorale Beziehungen, z.B. Lieferantenkredite. — 2) Ohne die Sektoren Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungen. — 3) Ende 1988: Zu Anschaffungspreisen(BRD) bzw. effektiven Preisen (DDR). — 4) Ende 1988: Zu Buchwerten (BRD) bzw. effektiven Preisen (DDR). — 5) Einschließlich Aktien. — 6) Ohne Aktien. — 7) Verpflichtungen abzüglich Geldvermögen.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1988, Hauptbericht; S. 312 und 320. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1990, S. 52. Staatsbank der DDR: Jahresbericht 1989. Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abteilung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Analyse: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988, S. 12 ff. — Schätzung des DIW.

Hohe Verschuldungsquote bei den Betrieben

Der Versuch, vergleichbare Bilanzen für die Unternehmen in der Bundesrepublik und in der DDR zu ermitteln, ist etlichen Einwänden ausgesetzt. Trotzdem ist er hier gewagt worden, werden doch zumindest die Größenordnungen der Veränderungen angedeutet, die sich nach einer Neubewertung des Vermögens der DDR-Betriebe im Rahmen der vorgeschriebenen DM-Eröffnungsbilanzen ergeben können.

Wie die Tabelle 3 erkennen läßt, war Ende 1988 die „Netto-Verschuldungsquote“, d. h. die Relation zwischen den Netto-Verbindlichkeiten und dem Sachvermögen der Unternehmen, in der DDR mit 18 vH nicht höher als in der Bundesrepublik (letzte Zeile der beiden vorletzten Spalten). Doch die Neubewertung wird „amtlich“ bestätigen, was seit langem überall vermutet wird: Der DM-Wert des Sachvermögens der DDR-Betriebe wird erheblich niedriger sein als dessen ehemaliger Mark-Betrag; in dieser Rechnung ist mit 230 Mrd. DM nur noch ein Viertel des vorherigen Mark-Betrages (940 Mrd. Mark) angesetzt worden. Hierbei ist folgendes unterstellt worden: Ein

Drittel bis zwei Fünftel des Sachvermögens werden als Sonderabgänge stillgelegt, da diese Produktionsanlagen entweder nicht den westdeutschen umwelt- und sicherheitspolitischen Standards entsprechen oder keine rentable Produktion mehr ermöglichen. Die danach verbleibenden, noch „einsatzfähigen“ Sachvermögensgüter (63 vH des Mark-Ausgangswertes) werden wegen der niedrigeren DM-Preise auf etwa 50 vH des Mark-Ausgangswertes herabgesetzt. Davon wird wegen der Überalterung des Produktionsapparates der halbe Betrag veranschlagt³⁾. Unter diesen Annahmen würde sich, obwohl mit der Währungsumstellung der Betrag der Netto-Verpflichtungen halbiert worden ist, die Netto-Verschuldungsquote verdoppeln (letzte Zeile, letzte Spalte) und vermutlich erheblich höher sein als in der Bundesrepublik.

Angesichts der gegenwärtig äußerst labilen Situation auf der Kosten- und auf der Absatzseite ist zu befürchten,

³⁾ Überschlägige Schätzungen deuten darauf hin, daß in der DDR die Nutzungsdauer der Produktionsanlagen der Unternehmen mindestens doppelt so lang ist wie in der Bundesrepublik.

daß schon für sehr viele Unternehmen mit einer nicht unter dem Durchschnitt liegenden Netto-Verschuldungsquote die Zinsbelastung drückend wird. Nicht nur Zinseinbußen, sondern sogar Abschreibungen auf Kredite müßten bei jenen durchaus zahlreichen Betrieben hingenommen werden, die als überschuldet gelten. Bei strikter Anwendung des Konkursrechts müßten diese Betriebe, sofern sich nicht rasch Käufer finden, schließen. Diese Gefahr droht auch solchen überschuldeten Betrieben, die mit einiger Anstrengung wieder saniert werden könnten und bei einer anschließenden Privatisierung höhere Erlöse einbrächten als die Versteigerung der Konkursmasse.

Wege zur Lösung des Schuldenproblems

Aus diesen Gründen hat die Treuhandanstalt den gesetzlichen Auftrag erhalten, sanierungsfähige Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen zu entwickeln und zu privatisieren. Zu diesem Zweck soll vermieden werden, daß auch solche Betriebe, die zwar überschuldet, aber sanierungsfähig sind, Konkurs anmelden müssen. Diese Betriebe erhalten verzinsliche Ausgleichsforderungen an

die Treuhandanstalt. Zur Verzinsung dieser Ausgleichsforderungen sollen solche Betriebe mit verzinslichen Ausgleichsverbindlichkeiten gegenüber der Treuhandanstalt herangezogen werden, die relativ wenig verschuldet sind. Diese Regelung hat allerdings einige Schwächen: Wie erwähnt, dürfte schon für viele durchschnittlich verschuldete Betriebe die Zinsbelastung zu hoch sein. Die Gefahr, daß auch bisher unterdurchschnittlich verschuldete Betriebe in die Verlustzone geraten, wird durch die jetzt vorgesehene Regelung vergrößert: Um den Staatshaushalt vor Zinszahlungen zu schützen, wird die Treuhandanstalt sicherheitshalber mehr Betriebe als „zu wenig verschuldet“ einstufen, als zur Bedienung der Ausgleichsforderungen der überschuldeten Betriebe nötig ist.

Deshalb bietet es sich an, nach solchen Lösungen zu suchen, die weniger bürokratisch und willkürlich als die hier beschriebene Regelung sind und die Betriebe fühlbar entlasten. Eine solche Lösung scheint nach wie vor die Verwirklichung jenes Vorschlags zu sein, der im Frühjahr von den fünf an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstituten⁴ unterbreitet

⁴ Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1990, S. 195.

Tabelle 4

**Varianten einer Regelung der Alt-Schulden,
Änderungen der Bilanzpositionen
in Mrd. DM**

	Staatlicher Sektor										„Private“ Kreditinstitute	
	Betriebe		Treuhandanstalt		Kreditbank		Staatsbank		Staat		Aktiva	Passiva
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva		
<p><i>Variante I</i> Treuhandanstalt übernimmt sowohl Kredite der Kreditbank an Betriebe als auch gleich hohe Verbindlichkeiten gegenüber Staatsbank und erwirbt Beteiligungen an Betrieben.</p>												
Kredite der Kreditbank an Betriebe		-115			-115							
Kredite der Staatsbank an Kreditbank					-115	-115						
Kredite der Staatsbank an Treuhandanstalt				+115			+115					
Beteiligung der Treuhandanstalt an Betrieben	+115		+115									
<p><i>Variante II</i> Wie Variante I und zusätzlich: Staat übernimmt Kredite der Staatsbank an Treuhandanstalt und wandelt sie in eine Beteiligung an der Treuhandanstalt um; der Staatsbank werden Netto-Ausgleichsforderungen an den Staat zugeteilt.</p>												
Kredite der Staatsbank an die Treuhandanstalt				-115			-115					
Beteiligung des Staates an der Treuhandanstalt				+115					+115			
Netto-Ausgleichsforderungen der Staatsbank an Staat							+115			+115		

Für nähere Erläuterungen vgl. Anmerkungen zu Tabelle 1.

Quelle: Schätzung des DIW.

worden war und danach mehrmals vom DIW erläutert wurde:⁵ Die Alt-Schulden der Betriebe sollten vollständig vom Staat oder — dies wurde vom DIW später als die wahrscheinliche Alternative angesehen — en bloc von der Treuhandanstalt übernommen werden.

Dieser zweite Vorschlag ist von der Deutschen Bank weiterentwickelt und Mitte August der Bundesregierung präsentiert worden⁶. Er wird in Tabelle 4 in zwei Varianten dargestellt, die gegenüber der in Tabelle 1 ausgewiesenen Regelung für die Unternehmen merkliche Entlastungen bringen würden. Die Variante 1 läuft nach den bisher vorliegenden, nur unvollständigen Informationen auf folgendes hinaus: Die Treuhandanstalt übernimmt sowohl die Kredite der Kreditbank an die Betriebe als auch gleich hohe Verbindlichkeiten der Kreditbank gegenüber der Staatsbank; zugleich erwirbt sie Beteiligungen an den Betrieben in Höhe der jeweils erlassenen Schulden.⁷ Die Treuhandanstalt verzinst und tilgt die Verbindlichkeiten gegenüber der Staatsbank mit den Erlösen aus der Privatisierung von Betrieben. Der Staat und sein „Eigenkapital“, das „Volkvermögen“, werden von diesem Schuldenerlaß nicht unmittelbar berührt. Mittelbar kann der Staat zumindest vorübergehend aber dann „zur Kasse gebeten“ werden, wenn die Privatisierungserlöse zur Bedienung der Schulden der Treuhandanstalt nicht ausreichen. Unklar ist bei diesem Vorschlag, was mit den Wohnungsbaukrediten der Kreditbank und den dafür aufgenommenen Mitteln geschehen soll. Vorstellbar ist immerhin, daß die Kreditbank in eine Institution zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues im Gebiet der (ehemaligen) DDR, zum Beispiel in eine „Tochter“ der Wohnungsbaukreditanstalt, umgewandelt wird.

Die Variante II besteht zwar in einer unmittelbaren Übernahme der Kredite der Kreditbank durch den Staat, sie wird aber in der Tabelle aus darstellungstechnischen Gründen als ein über die Variante I hinausgehender Schritt beschrieben: Der Staat übernimmt die Kredite der Staatsbank an die Treuhandanstalt und wandelt diese Kredite in eine Beteiligung an der Treuhandanstalt um; der Staatsbank werden dafür Netto-Ausgleichsforderungen an den Staat zugeteilt. Da die Ausgleichsverbindlichkeiten des Staates gegenüber der Staatsbank durch die zusätzliche Beteiligung an der Treuhandanstalt „gedeckt“ sind, bleibt das „Volkvermögen“ („Eigenkapital“ des Staates) unverändert. Freilich müßte der Staat bei dieser Regelung die Zinsverpflichtungen der Betriebe in voller Höhe (14 Mrd. DM) übernehmen. Diese Belastung könnte aber verhindert oder wenigstens vermindert werden, wenn die Treuhandanstalt auch in diesem Falle verpflichtet würde, die Privatisierungserlöse zunächst einmal zur Bedienung der (ehemaligen) Schulden der Betriebe zu verwenden. Sie müßte diese Erlöse zumindest in Höhe der staatlichen Zinsverpflichtungen an den Staat abführen; besser wäre es, wenn sie darüber hinaus auch einiges zur Tilgung der staatlichen Ausgleichsverbindlichkeiten beitrüge. In folgender Hinsicht würde es also keinen Unterschied zu Variante I geben: Der Staatshaushalt würde aufgrund der Streichung der Alt-Schulden der

Betriebe nur insoweit per Saldo in Anspruch genommen werden, wie die Einnahmen des Staates aus den Privatisierungserlösen zur Bedienung der Schulden nicht ausreichen.

Beurteilung dieser Vorschläge

Gegen eine Streichung der Alt-Schulden der Betriebe mag eingewendet werden, daß die Betriebe mit dem Eintritt in die Marktwirtschaft sofort daran gewöhnt werden müßten, mit Schulden und Zinsverpflichtungen zu leben, um auf diese Weise vor übereilten Ausgabenentscheidungen geschützt zu werden⁷. Dieses an sich berechnigte „Erziehungsargument“ steht aber dem Verursacherprinzip entgegen: Für Fehlentscheidungen muß (nur!) derjenige haften, der sie getroffen hat. Im Falle der Alt-Schulden ist dies der DDR-Staat. Er hat den Betrieben oft selbst dann Gewinnabführungen verordnet, wenn es gar keine Gewinne gab, so daß viele Betriebe zur Aufnahme von Krediten gezwungen wurden.

Neben diesem prinzipiellen Argument gibt es ein schwerwiegendes pragmatisches Argument für eine Streichung der Alt-Schulden: Die Treuhandanstalt kann ihre Aufgabe, die Betriebe zu sanieren und zu privatisieren, dann nicht befriedigend erfüllen, wenn an sich sanierungsfähige Betriebe wegen zu hoher Schuldenlasten zusammenbrechen und statt eines relativ hohen Privatisierungserlöses nur noch der Erlös aus der Konkursmasse zur Verfügung steht. Hinzu kommt, daß die Zerschlagung von an sich sanierungsfähigen Betrieben sowohl in volkswirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht einen Verlust darstellt.

Gegen eine Streichung der Alt-Schulden wird auch ein fiskalisches Argument vorgebracht⁸: Der Staat würde zu stark belastet werden, sei es, daß er, wie bei der Übernahme der Schulden durch die Treuhandanstalt (Variante I), für die Zinszahlungen der Treuhandanstalt an die Staatsbank haften müßte, sei es, daß der Staat, wie bei der Übernahme von Ausgleichsverbindlichkeiten gegenüber der Staatsbank, unmittelbar seine Schulden erhöhen würde. Tatsächlich jedoch ist dieses fiskalische Argument vordergründig. Wenn wegen einer unbefriedigenden Regelung der Alt-Schulden sanierungsfähige

⁵ Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb.: Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1990, S. 229. Ferner: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1990, S. 349 und 352.

⁶ Deutsche Bank schlägt Übertragung der Altkredite auf die Treuhandanstalt vor. In: Handelsblatt vom 14. August 1990, S. 8. Ferner: Andrea Jocham: Umbuchung ist lediglich vordergründig ein besserer Ansatz zur Krisenlösung. In: Handelsblatt vom 15. August 1990, S. 11.

⁷ Z. B. Andrea Jocham: Die Rechnung für einen Schuldenerlaß hat der Steuerzahler zu bezahlen. In: Handelsblatt vom 31.08./01.09.1990, S. 12.

⁸ Vgl. Anmerkung 7.

Betriebe schließen müssen und die Menschen arbeitslos werden, wird der Staat auf andere — und zwar höchst „unproduktive“ — Weise in die Pflicht genommen: Die Einnahmen aus Privatisierungserlösen, aus Lohn- und Unternehmenssteuern und aus Sozialabgaben bleiben aus, und die Ausgaben für Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Subventionen an Betriebe nehmen zu. Es ist durchaus vorstellbar, daß diese Belastungen höher werden als die bei einer Entschuldung der Betriebe auf den Staat indirekt oder direkt zukommenden Verpflichtungen.

All dies deutet darauf hin, daß es demnächst doch zu einer Streichung der Alt-Schulden kommen wird. Dabei ist es zweitrangig, ob die Variante I (Schuldenübernahme durch die Treuhandanstalt und Haftung durch den Staat) oder die Variante II (direkte Schuldenübernahme durch den Staat) gewählt wird. Für die erste Variante spricht, daß die Belastung des Staates in Form der Haftungszusagen gleichsam nur „unter dem Strich“ auftaucht (was freilich bald durchschaut wird). Für die zweite Variante spricht die Transparenz: Die Belastung des Staates wird für alle klar erkennbar ausgewiesen.

Bauwirtschaft: Weitere Verringerung regionaler Disparitäten

Die Bautätigkeit hat in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland in allen Baubereichen und Produzentengruppen weiter zugenommen. Dabei waren die Zuwachsraten in den nördlichen¹ Bundesländern in den vergangenen zwei Jahren höher als in den südlichen. Die Vorlaufindikatoren der Nachfrage lassen erwarten, daß sich diese Entwicklung bis 1991 fortsetzen wird.

Die angekündigte² erweiterte Berechnung des Bauvolumens nach Bundesländern ist nunmehr abgeschlossen. Bis 1989 hatte das DIW regionalisierte Zeitreihen in der Gliederung nach Produzentengruppen (Bauhauptgewerbe, Ausbaugewerbe, sonstige Bauleistungen) veröffentlicht; jetzt liegen auch Berechnungen nach Baubereichen (Wohnungsbau, Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau) vor.

Entwicklung des Bauvolumens

Zu diesem Bericht werden regionalisierte Zeitreihen in der Gliederung nach Produzentengruppen und Baubereichen für die Jahre 1981 bis 1989 ausgewiesen. Für die Jahre von 1960 an wurden auch regionalisierte Zeitreihen für das Bauvolumen im Bauhauptgewerbe nach Baubereichen berechnet; eine Veröffentlichung ist vorgesehen.

Im Zuge der Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in die südlichen Regionen der Bundesrepublik ist es in den vergangenen drei Jahrzehnten auch zu einer Verschiebung des regionalen Schwerpunktes der Bautätigkeit gekommen. Das Süd-Nord-Gefälle vergrößerte sich tendenziell bis 1987. Der Anteil der südlichen Bundesländer am gesamten Bauvolumen betrug 1987 etwa 55 vH. In den Jahren 1988/89 hat sich der Anteil dieser Länder wieder verringert, da die Bautätigkeit in den nördlichen Bundesländern stärker zunahm als in den südlichen.

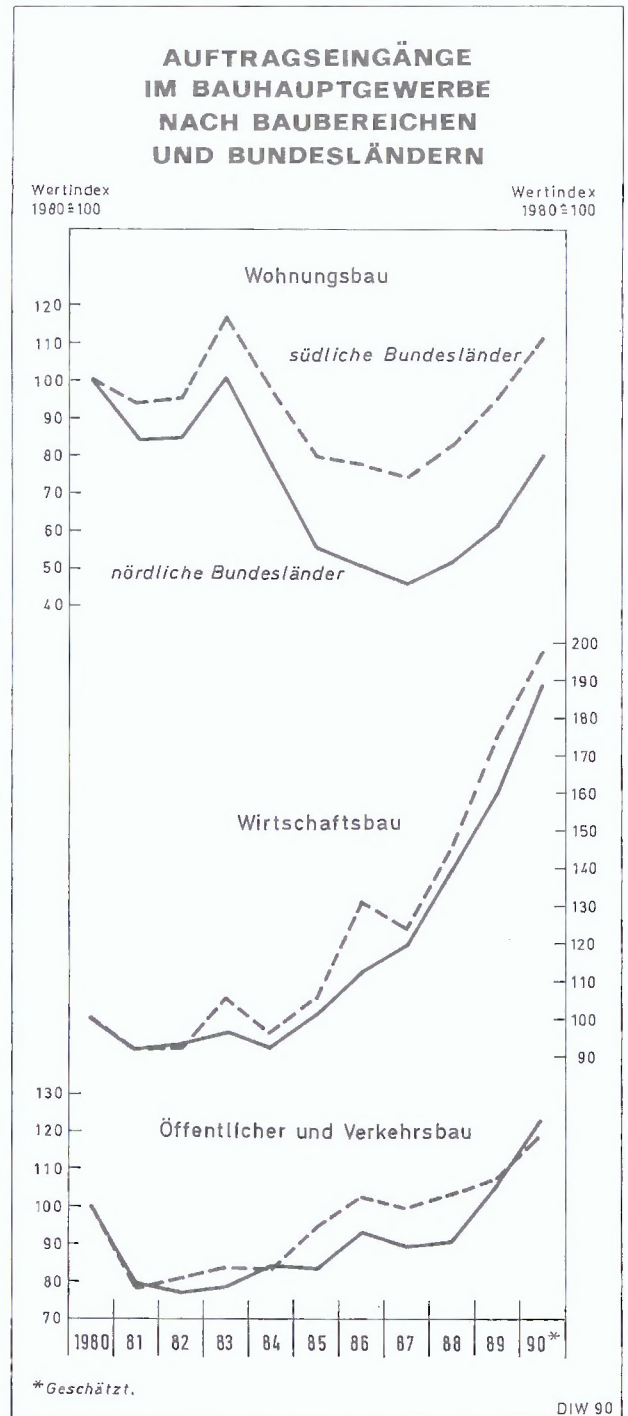
Insgesamt lag das reale Bauvolumen 1989 in den nördlichen Ländern um 11 vH, in den südlichen um 9 vH über dem Ergebnis von 1987. Die Analyse nach Produzentengruppen zeigt, daß die Verminderung des Entwicklungsgefälles nur den Aktivitäten im Bauhauptgewerbe zuzuschreiben war. Im Norden (+ 12,6 vH) expandierte das reale Bauvolumen im Bauhauptgewerbe weitaus kräftiger als im Süden (+7,7 vH), während im Ausbaugewerbe der Zuwachs in den nördlichen Ländern (+6,3 vH) geringer war als in den südlichen (+ 9 vH).

Dies zeigt zugleich, daß in den südlichen Ländern die Bautätigkeit im Ausbaugewerbe stärker zunahm als im Bauhauptgewerbe; in den nördlichen Ländern war es umgekehrt. Offenbar stand im Norden der Neubau im Vordergrund, während im Süden Leistungen im Bestand überwogen.

Im Bauhauptgewerbe expandierte die Bautätigkeit von 1987 bis 1989 vor allem in Nordrhein-Westfalen (+14,7 vH), im Saarland (+14,3 vH) und in Berlin (West) (+11,9 vH), während sie in Baden-Württemberg (+5,2 vH) und in Rheinland Pfalz (+4,5 vH) vergleichsweise wenig zunahm. Im Ausbau war der Zuwachs in Hessen

¹ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin.

² Vgl. Bauwirtschaft: Süd-Nord-Gefälle verringert. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/89.



Entwicklung des Bauvolumens nach Bundesländern und Produzentengruppen¹

	Bauvolumen zu Preisen von 1980 in Mill. DM									Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1987	1988	1989
1) Schleswig-Holstein/Hamburg												
a) Bauhauptgewerbe	8110	7584	7742	7524	6453	6776	6603	6840	7159	-2,6	3,6	4,7
b) Ausbaugewerbe	4115	3764	3831	3826	3580	3700	3685	3887	4007	-0,4	5,5	3,1
c) zusammen	12225	11348	11573	11350	10033	10476	10288	10727	11166	-1,8	4,3	4,1
d) Bauvolumen insgesamt ²⁾	16384	15312	15689	15261	13686	14206	13928	14557	15267	-2,0	4,5	4,9
2) Niedersachsen/Bremen												
a) Bauhauptgewerbe	14613	13369	13034	12793	11199	11619	11409	12179	12639	-1,8	6,7	3,8
b) Ausbaugewerbe	7501	7247	7259	6951	6544	6547	6887	7099	7447	5,2	3,1	4,9
c) zusammen	22114	20616	20293	19744	17743	18166	18296	19278	20086	0,7	5,4	4,2
d) Bauvolumen insgesamt	29339	27466	27158	26267	23877	24361	24506	25868	27121	0,6	5,6	4,8
3) Nordrhein-Westfalen												
a) Bauhauptgewerbe	27181	25845	25220	25656	23027	23273	22853	24282	26220	-1,8	6,3	8,0
b) Ausbaugewerbe	14682	13556	13492	13645	13746	13660	13567	14103	14130	-0,7	4,0	0,2
c) zusammen	41863	39401	38712	39301	36773	36933	36420	38385	40350	-1,4	5,4	5,1
d) Bauvolumen insgesamt	56420	53377	52597	53010	50414	50484	49736	52515	55440	-1,5	5,6	5,6
4) Hessen												
a) Bauhauptgewerbe	9625	9270	9290	9660	9114	9402	9192	9588	10177	-2,2	4,3	6,1
b) Ausbaugewerbe	5231	4980	4960	5145	5115	5243	5381	5677	6024	2,6	5,5	6,1
c) zusammen	14856	14250	14250	14805	14229	14645	14573	15265	16201	-0,5	4,7	6,1
d) Bauvolumen insgesamt	19695	18973	19069	19684	19093	19604	19469	20444	21871	-0,7	5,0	7,0
5) Rheinland-Pfalz/Saarland												
a) Bauhauptgewerbe	8876	8576	8621	8679	7737	8066	8138	8200	8663	0,9	0,8	5,6
b) Ausbaugewerbe	3526	3384	3477	3500	3352	3653	3614	3448	3403	-1,1	-4,6	-1,3
c) zusammen	12402	11960	12098	12179	11089	11719	11752	11648	12066	0,3	-0,9	3,6
d) Bauvolumen insgesamt	16347	15829	16059	16097	14781	15571	15612	15527	16176	0,3	-0,5	4,2
6) Baden-Württemberg												
a) Bauhauptgewerbe	18610	18473	19019	19142	17050	17809	17653	18203	18570	-0,9	3,1	2,0
b) Ausbaugewerbe	10882	10402	10346	10666	10135	10581	10985	11726	12202	3,8	6,7	4,1
c) zusammen	29492	28875	29365	29808	27185	28390	28638	29929	30772	0,9	4,5	2,8
d) Bauvolumen insgesamt	38833	38243	39164	39530	36345	37859	38148	39904	41217	0,8	4,6	3,3
7) Bayern												
a) Bauhauptgewerbe	22030	21559	21792	22591	20651	21697	21920	22767	23879	1,0	3,9	4,9
b) Ausbaugewerbe	10049	9702	10042	10223	10078	10227	10473	11022	11573	2,4	5,2	5,0
c) zusammen	32079	31261	31834	32814	30729	31924	32393	33789	35452	1,5	4,3	4,9
d) Bauvolumen insgesamt	42411	41483	42499	43529	41176	42615	43177	45199	47652	1,3	4,7	5,4
8) Berlin (West)												
a) Bauhauptgewerbe	3397	3472	3575	3867	3516	3706	3666	3924	4102	-1,1	7,0	4,5
b) Ausbaugewerbe	1760	1792	1861	2025	1968	1970	2056	2195	2251	4,4	6,8	2,6
c) zusammen	5157	5264	5436	5892	5484	5676	5722	6119	6353	0,8	6,9	3,8
d) Bauvolumen insgesamt	6780	6989	7261	7830	7336	7550	7631	8145	8490	1,1	6,7	4,2
Bundesgebiet insgesamt												
a) Bauhauptgewerbe	112442	108148	108293	109912	98747	102348	101434	105983	111409	-0,9	4,5	5,1
b) Ausbaugewerbe	57746	54827	55268	55981	54518	55581	56648	59157	61037	1,9	4,4	3,2
c) zusammen	170188	162975	163561	165893	153265	157929	158082	165140	172446	0,1	4,5	4,4
d) Bauvolumen insgesamt	226209	217672	219496	221208	206708	212250	212207	222159	233234	-0,0	4,7	5,0
davon:												
Nördliche Bundesländer ³⁾												
a) Bauhauptgewerbe	53301	50270	49571	49840	44195	45374	44531	47225	50120	-1,9	6,0	6,1
b) Ausbaugewerbe	28058	26359	26443	26447	25838	25877	26195	27284	27835	1,2	4,2	2,0
c) zusammen	81359	76629	76014	76287	70033	71251	70726	74509	77955	-0,7	5,3	4,6
d) Bauvolumen insgesamt	108923	103144	102705	102368	95313	96601	95801	101085	106318	-0,8	5,5	5,2
Südliche Bundesländer												
a) Bauhauptgewerbe	59141	57878	58722	60072	54552	56974	56903	58758	61289	-0,1	3,3	4,3
b) Ausbaugewerbe	29688	28468	28825	29534	28680	29704	30453	31873	33202	2,5	4,7	4,2
c) zusammen	88829	86346	87547	89606	83232	86678	87356	90631	94491	0,8	3,7	4,3
d) Bauvolumen insgesamt	117286	114528	116791	118840	111395	115649	116406	121074	126916	0,7	4,0	4,8

¹⁾ Berechnungen des DIW anhand der Bauvolumensrechnung, der Totalerhebung, der lfd. Bauberichterstattung, der Handwerkszählung 1977, der Umsatzsteuerstatistik sowie der Handwerksberichterstattung. — ²⁾ Einschließlich verarbeitendem Gewerbe und sonstiger Bauleistung. — ³⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin (West).

(+11,9 vH), Baden-Württemberg (+11,1 vH) und Bayern (+10,5 vH) am größten, in Nordrhein-Westfalen (+4,1 vH) besonders gering.

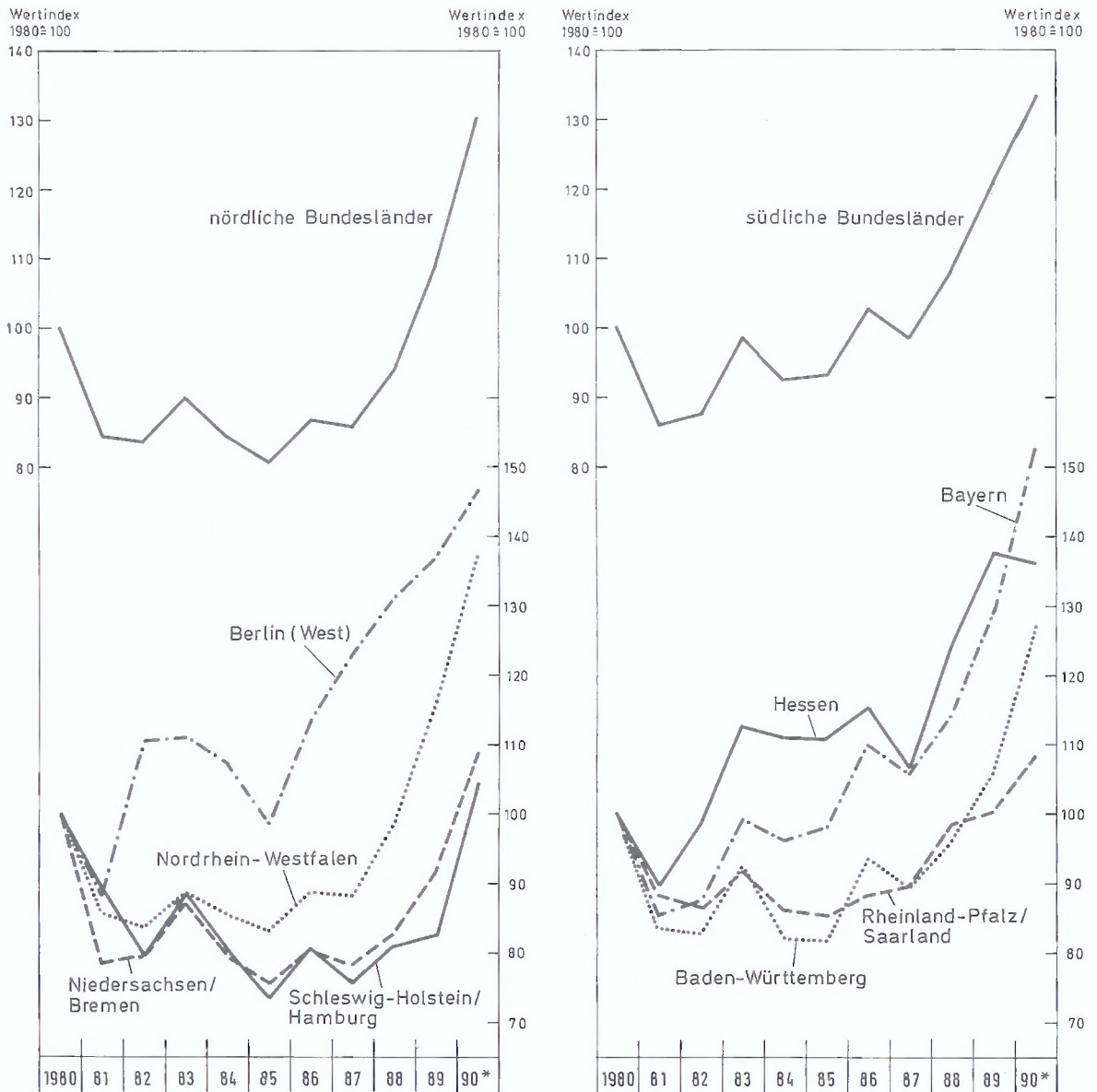
Wohnungsbau

Der Anteil der südlichen Bundesländer am gesamten Wohnungsbauvolumen der Bundesrepublik Deutschland

ist in den Jahren 1960 bis 1987 nachfragebedingt auf etwa 57 vH gestiegen.

In den Folgejahren haben die günstige Konstellation von Nachfragefaktoren, wie Zins-, Baukosten- und Einkommensentwicklung, und die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine kräftige Expansion des Woh-

AUFTRAGSEINGÄNGE IM BAUHAUPTGEWERBE INSGESAMT NACH BUNDESLÄNDERN



* Geschätzt.

DIW 90

nungsbaus in allen Bundesländern bewirkt; sie fiel allerdings regional recht unterschiedlich aus. Im Ausbaugewerbe expandierte die Bautätigkeit in den südlichen Bundesländern kräftiger als in den nördlichen.

Die Leistungen des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau expandierten in Berlin (West) und Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1988/89 am kräftigsten. Die generell höheren Zuwachsraten im Norden sind nicht nur durch das Tief im Jahr 1987 zu erklären. Berücksichtigt man bis Mitte dieses Jahres die exorbitante Nachfrageexpansion im Bauhauptgewerbe des Wohnungsbaus in den

nördlichen Bundesländern Hamburg, Bremen und Niedersachsen, so ist anzunehmen, daß der außergewöhnliche Nachfrageschub durch Wanderungsbewegungen in diese Regionen induziert worden ist. Aufgrund dessen, aber auch wegen des relativ größeren Wohnungsbedarfs in Ballungszentren dürfte die Wohnungsbaunachfrage in diesen bevölkerungsreichen Bundesländern auch künftig stärker zunehmen als in mehr ländlich strukturierten Gebieten.

Darüber hinaus haben die nördlichen Bundesländer im Zuge des Konjunkturaufschwungs offenbar wieder mehr

Entwicklung des Bauvolumens nach Bundesländern und Baubereichen¹⁾

	Bauvolumen zu Preisen von 1980 in Mill. DM									Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1987	1988	1989
1) Schleswig-Holstein/Hamburg												
a) Wohnungsbau	7604	6879	7202	7023	5730	5843	5588	5978	6142	-4,4	7,0	2,7
b) Wirtschaftsbau	4757	4678	4852	4608	4494	4628	4632	4869	5374	0,1	5,1	10,4
c) Öffentlicher Bau	4023	3755	3635	3630	3462	3735	3708	3710	3751	-0,7	0,1	1,1
d) Bauvolumen insgesamt	16384	15312	15689	15261	13686	14206	13928	14557	15267	-2,0	4,5	4,9
2) Niedersachsen/Bremen												
a) Wohnungsbau	14909	13731	14272	13316	11133	10769	11067	11841	12191	2,8	7,0	3,0
b) Wirtschaftsbau	7090	6785	6653	6540	6326	6661	6782	7132	7817	1,8	5,2	9,6
c) Öffentlicher Bau	7340	6950	6233	6411	6418	6931	6657	6895	7113	-4,0	3,6	3,2
d) Bauvolumen insgesamt	29339	27466	27158	26267	23877	24361	24506	25868	27121	0,6	5,6	4,8
3) Nordrhein-Westfalen												
a) Wohnungsbau	26322	24668	25503	25961	22440	21528	20747	21667	22817	-3,6	4,4	5,3
b) Wirtschaftsbau	17513	17021	16393	16314	17277	17905	18214	19452	20603	1,7	6,8	5,9
c) Öffentlicher Bau	12585	11688	10701	10735	10697	11051	10775	11396	12020	-2,5	5,8	5,5
d) Bauvolumen insgesamt	56420	53377	52597	53010	50414	50484	49736	52515	55440	-1,5	5,6	5,6
4) Hessen												
a) Wohnungsbau	9116	8574	8789	9005	8561	8276	8159	8498	9083	-1,4	4,2	6,9
b) Wirtschaftsbau	4926	4796	4956	5074	4909	5300	5296	5603	6432	-0,1	5,8	14,8
c) Öffentlicher Bau	5653	5603	5324	5605	5623	6028	6014	6343	6356	-0,2	5,5	0,2
d) Bauvolumen insgesamt	19695	18973	19069	19684	19093	19604	19469	20444	21871	-0,7	5,0	7,0
5) Rheinland-Pfalz/Saarland												
a) Wohnungsbau	7979	7525	7823	7836	6853	7167	6815	6800	6890	-4,9	-0,2	1,3
b) Wirtschaftsbau	3632	3560	3579	3658	3356	3603	3816	3864	4227	5,9	1,3	9,4
c) Öffentlicher Bau	4736	4744	4657	4603	4572	4801	4981	4863	5059	3,7	-2,4	4,0
d) Bauvolumen insgesamt	16347	15829	16059	16097	14781	15571	15612	15527	16176	0,3	-0,5	4,2
6) Baden-Württemberg												
a) Wohnungsbau	20655	20082	21334	21772	19578	19809	19693	20864	21854	-0,6	5,9	4,7
b) Wirtschaftsbau	8052	8389	8903	8941	8139	8818	9166	9401	9758	3,9	2,6	3,8
c) Öffentlicher Bau	10126	9772	8927	8817	8628	9232	9289	9639	9605	0,6	3,8	-0,4
d) Bauvolumen insgesamt	38833	38243	39164	39530	36345	37859	38148	39904	41217	0,8	4,6	3,3
7) Bayern												
a) Wohnungsbau	20871	20302	21475	22150	20035	19734	19580	20273	21329	-0,8	3,5	5,2
b) Wirtschaftsbau	9869	9667	10227	10315	10043	10647	11039	11890	12793	3,7	7,7	7,6
c) Öffentlicher Bau	11671	11514	10797	11064	11098	12235	12558	13036	13530	2,6	3,8	3,8
d) Bauvolumen insgesamt	42411	41483	42499	43529	41176	42616	43177	45199	47652	1,3	4,7	5,4
8) Berlin (West)												
a) Wohnungsbau	3267	3263	3483	3672	3544	3592	3646	3892	4181	1,5	6,7	7,4
b) Wirtschaftsbau	1452	1671	1802	1987	1739	1756	1927	1920	1988	9,7	-0,4	3,5
c) Öffentlicher Bau	2061	2055	1976	2171	2053	2202	2058	2333	2321	-6,5	13,4	-0,5
d) Bauvolumen insgesamt	6780	6989	7261	7830	7336	7550	7631	8145	8490	1,1	6,7	4,2
Bundesgebiet insgesamt												
a) Wohnungsbau	110723	105024	109881	110735	97874	96718	95295	99813	104487	-1,5	4,7	4,7
b) Wirtschaftsbau	57291	56567	57365	57437	56283	59318	60872	64131	68992	2,6	5,4	7,6
c) Öffentlicher Bau	58195	56081	52250	53036	52551	56215	56040	58215	59755	-0,3	3,9	2,6
d) Bauvolumen insgesamt	226209	217672	219496	221208	206708	212251	212207	222159	233234	-0,0	4,7	5,0
davon:												
Nördliche Bundesländer ²⁾												
a) Wohnungsbau	52102	48541	50460	49972	42847	41732	41048	43378	45331	-1,6	5,7	4,5
b) Wirtschaftsbau	30812	30155	29700	29449	29836	30950	31555	33373	35782	2,0	5,8	7,2
c) Öffentlicher Bau	26009	24448	22545	22947	22630	23919	23198	24334	25205	-3,0	4,9	3,6
d) Bauvolumen insgesamt	108923	103144	102705	102368	95313	96601	95801	101085	106318	-0,8	5,5	5,2
Südliche Bundesländer												
a) Wohnungsbau	58621	56483	59421	60763	55027	54986	54247	56435	59156	-1,3	4,0	4,8
b) Wirtschaftsbau	26479	26412	27665	27988	26447	28368	29317	30758	33210	3,3	4,9	8,0
c) Öffentlicher Bau	32186	31633	29705	30089	29921	32296	32842	33881	34550	1,7	3,2	2,0
d) Bauvolumen insgesamt	117286	114528	116791	118840	111395	115650	116406	121074	126916	0,7	4,0	4,8

¹⁾ Berechnungen des DIW anhand der Bauvolumensrechnung, der Totalerhebung, der lfd. Bauberichterstattung, der Handwerkszählung 1977, der Umsatzsteuerstatistik sowie der Handwerksberichterstattung. — ²⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin (West).

Mittel für den öffentlichen geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, vor allem für Notunterkünfte für Ausiedler, Übersiedler und Asylanten.

Wegen der unterschiedlichen Entwicklung im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe hat sich der Anteil der nördli-

chen Bundesländer an der gesamten Wohnungsbautätigkeit bislang nur geringfügig vergrößert. Folgt man der aktuellen Nachfrageentwicklung, so kann aber angenommen werden, daß der Wohnungsbau in den nördlichen Ländern bis 1991 stärker ausgeweitet wird als im Süden.

Auftragseingänge¹⁾ im Bauhauptgewerbe nach Baubereichen und Bundesländern

	Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH								
	1988	1989	1990 1.Hj.	1989				1990	
				I	II	III	IV	I	II
1) Schleswig-Holstein/Hamburg									
Wohnungsbau	5,8	3,7	43,5	-18,3	5,3	4,5	26,8	49,5	39,4
Wirtschaftsbau	16,5	22,4	31,5	25,0	4,3	37,7	24,2	37,2	26,2
Öffentlicher u. Verkehrsbau	-0,2	6,5	23,8	1,9	-3,4	15,8	11,5	16,7	28,7
2) Niedersachsen/Bremen									
Wohnungsbau	22,3	28,8	51,6	26,4	18,7	11,5	63,6	70,5	36,5
Wirtschaftsbau	8,1	28,0	15,3	21,1	34,0	33,1	22,9	24,7	8,0
Öffentlicher u. Verkehrsbau	-0,7	14,8	21,5	19,2	16,4	16,1	7,7	38,5	11,2
3) Nordrhein-Westfalen									
Wohnungsbau	14,8	19,0	27,4	19,0	15,0	8,8	34,7	31,2	24,0
Wirtschaftsbau	18,0	13,5	19,2	8,0	20,6	14,3	10,6	31,1	9,5
Öffentlicher u. Verkehrsbau	4,1	21,9	22,8	16,5	39,6	5,7	30,9	36,8	13,3
4) Hessen									
Wohnungsbau	9,9	-0,0	25,5	-5,9	15,3	-12,1	4,9	22,0	28,5
Wirtschaftsbau	32,7	22,0	-1,8	14,8	40,2	14,0	19,9	2,7	-5,3
Öffentlicher u. Verkehrsbau	7,8	4,5	-0,5	18,9	-1,6	3,1	2,0	5,9	-5,5
5) Rheinland-Pfalz/Saarland									
Wohnungsbau	5,9	24,6	13,6	19,0	9,5	12,9	72,1	19,2	8,3
Wirtschaftsbau	12,8	27,4	15,6	19,6	24,3	41,8	21,5	40,5	-4,6
Öffentlicher u. Verkehrsbau	9,1	1,7	-1,9	-2,8	13,1	-12,2	9,1	8,0	-8,2
6) Baden-Württemberg									
Wohnungsbau	14,4	18,0	27,7	17,1	11,4	12,0	33,1	36,7	20,0
Wirtschaftsbau	12,3	14,6	19,0	10,1	19,9	4,1	27,1	33,2	7,3
Öffentlicher u. Verkehrsbau	0,9	2,6	8,3	4,4	1,3	-2,1	9,5	12,0	5,7
7) Bayern									
Wohnungsbau	11,4	13,4	21,8	24,7	-3,0	6,5	36,7	23,5	20,4
Wirtschaftsbau	15,9	25,7	17,0	29,6	13,0	9,4	59,0	21,0	13,4
Öffentlicher u. Verkehrsbau	1,6	4,5	20,6	10,5	9,5	5,6	-8,1	27,0	16,7
8) Berlin (West)									
Wohnungsbau	-1,0	10,2	25,1	-8,6	-4,0	8,4	63,6	22,9	27,1
Wirtschaftsbau	29,0	-13,2	-2,0	-30,0	22,1	-2,9	-26,7	-21,3	17,8
Öffentlicher u. Verkehrsbau	-5,3	18,1	18,2	0,7	-1,0	42,9	30,4	28,1	10,4
Bundesgebiet insgesamt									
Wohnungsbau	11,9	15,9	27,6	14,8	6,9	8,1	38,2	32,4	23,5
Wirtschaftsbau	17,0	18,1	15,7	13,2	21,3	13,9	23,9	24,4	8,5
Öffentlicher u. Verkehrsbau	2,5	9,5	15,2	10,1	11,4	7,5	9,4	23,3	9,7
davon:									
Nördliche Bundesländer ²⁾									
Wohnungsbau	12,6	18,2	35,7	10,3	11,5	8,9	45,1	42,6	30,0
Wirtschaftsbau	16,5	15,2	18,2	7,4	21,2	20,1	11,6	25,7	11,9
Öffentlicher u. Verkehrsbau	1,0	17,1	22,1	13,0	20,2	13,4	21,4	33,5	14,5
Südliche Bundesländer									
Wohnungsbau	11,5	14,6	23,1	17,3	4,4	7,7	34,1	26,9	19,9
Wirtschaftsbau	17,4	20,9	13,3	19,5	21,5	8,5	37,2	23,1	5,2
Öffentlicher u. Verkehrsbau	3,5	4,4	10,3	8,1	5,8	3,4	0,5	16,1	6,4

¹⁾ Zu jeweiligen Preisen. — ²⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin (West).

Wirtschaftsbau

Der Wirtschaftsbau läuft weitgehend parallel zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In den letzten Jahren hat es tendenziell keine bedeutende Anteilsverschiebung zwischen Nord und Süd gegeben. Auch die Vorlaufindika-

toren lassen bis 1991 keine weitere Vergrößerung des Süd-Nord-Gefälles erwarten.

Der Anteil der südlichen Bundesländer an der Bautätigkeit im Wirtschaftsbau betrug zuletzt etwa 48 vH, d.h. mehr als die Hälfte der Bautätigkeit im Wirtschaftsbau entfällt nach wie vor auf die nördlichen Bundesländer.

Dabei hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil von nahezu 30 vH am gesamten Wirtschaftsbau, aber nur etwa 22 vH am gesamten Wohnungsbau der Bundesrepublik. Zum Vergleich: Bayern, das Land mit dem höchsten Wirtschaftsbauvolumen im Süden der Bundesrepublik, hat am gesamten Wirtschaftsbau zwar nur einen Anteil von 19 vH, ist aber mit etwa 20 vH am gesamten Wohnungsbau beteiligt.

Die regionale Entwicklung im Ausbaugewerbe des Wirtschaftsbaus verlief in den vergangenen zwei Jahren anders als im Bauhauptgewerbe. Während die Produktion im Bauhauptgewerbe in den nördlichen Bundesländern stärker expandierte als in den südlichen, war es im Ausbaugewerbe umgekehrt; hier nahm das reale Bauvolumen im Süden deutlicher zu als im Norden. Somit ergab sich für das reale Wirtschaftsbauvolumen insgesamt keine Süd-Nord-Verlagerung. Dennoch fielen die regionalen Produktionszuwächse recht unterschiedlich aus: Das reale Wirtschaftsbauvolumen expandierte im Zeitraum 1987 bis 1989 am stärksten in Hessen (+21,5 vH), in Berlin (+ 5 vH) am geringsten.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Die Entwicklung im öffentlichen Bau wird vor allem von den Gemeinden, dem Hauptinvestor in diesem Bereich, bestimmt. Im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Auf-

schwungs hat sich ihre Finanzlage wesentlich verbessert. Da sich in den Gemeinden der nördlichen Bundesländer, die in der Vergangenheit zum Teil erhebliche Defizite hinnehmen mußten, die Einnahmen besonders kräftig erhöhten, erstaunt es nicht, daß die nördlichen Bundesländer (vor allem Nordrhein-Westfalen) ihre öffentlichen Bauinvestitionen in den vergangenen zwei Jahren stärker ausgeweitet haben (+ 8,7 vH) als die südlichen (+ 5,2 vH). Im ersten Halbjahr 1990 hat sich diese Tendenz fortgesetzt. Die Vorlaufindikatoren lassen erwarten, daß auch 1991 die Bautätigkeit im öffentlichen und Verkehrsbau in den nördlichen Bundesländern deutlicher zunehmen wird als in den südlichen.

Fazit

In den vergangenen zwei Jahren hat sich der Anteil der nördlichen Bundesländer am gesamten Bauvolumen wieder leicht vergrößert, allerdings nur in den Bereichen Wohnungsbau und öffentlicher Bau. Die Entwicklung der Auftragsbestände und Auftragseingänge läßt eine Fortsetzung dieser Entwicklung bis ins nächste Jahr hinein erwarten.

Der kräftige Nachfrage- und Produktionsschub hat sich bereits im vergangenen Jahr — mit der üblichen Verzögerung — bei der Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe niedergeschlagen. Seit diesem Jahr weist auch

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe nach Bundesländern

	Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH									
	Bauhauptgewerbe						Ausbaugewerbe			
	1987	1988	1989	1990 1.Hj.	I	II	1987	1988	1989	1990 I
1) Schleswig-Holstein/Hamburg	-2,3	-2,5	-1,1	1,3	1,5	1,1	-0,6	-0,3	0,9	3,5
2) Niedersachsen/Bremen	-2,6	-1,4	-1,2	5,6	6,6	4,7	0,6	1,2	2,7	2,4
3) Nordrhein-Westfalen	-2,4	-2,0	3,6	1,4	1,3	1,4	-2,7	-1,7	-0,9	5,2
4) Hessen	-2,2	-2,4	0,8	0,4	0,3	0,5	0,3	-0,1	2,3	2,5
5) Rheinland-Pfalz/Saarland	-2,4	-1,1	0,1	-0,3	0,5	-1,0	-1,9	-9,8	-1,9	3,2
6) Baden-Württemberg	-2,4	-2,1	-2,5	0,7	0,1	1,3	0,9	-0,3	1,2	4,2
7) Bayern	-0,1	0,3	-0,3	2,9	4,9	1,2	-0,9	0,8	1,6	3,9
8) Berlin (West)	-0,0	0,1	2,7	1,3	1,0	1,6	3,3	3,0	0,1	5,6
Bundesgebiet insgesamt	-1,8	-1,3	0,3	1,9	2,3	1,4	-0,7	-0,8	0,8	4,0
davon:										
Nördliche Bundesländer ¹⁾	-2,2	-1,7	1,6	2,4	2,6	2,2	-1,1	-0,4	0,3	4,3
Südliche Bundesländer	-1,5	-1,0	-0,8	1,4	2,0	0,8	-0,2	-1,1	1,2	3,7

¹⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin (West).

Quellen: Statistisches Bundesamt; lfd. Bauberichterstattung und Handwerksberichterstattung.

Arbeitslose pro offene Stelle in Bauberufen

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990 I
1) Schleswig-Holstein/Hamburg	61	69	83	82	31	28	24	15	11
2) Niedersachsen/Bremen	48	48	68	51	21	20	18	12	9
3) Nordrhein-Westfalen	44	50	68	62	32	28	23	12	9
4) Hessen	25	21	28	20	12	10	9	5	4
5) Rheinland-Pfalz/Saarland	28	27	42	38	20	16	12	8	6
6) Baden-Württemberg	6	7	10	13	5	4	3	1	1
7) Bayern	18	19	23	22	12	11	8	3	3
8) Berlin (West)	52	48	24	36	44	19	22	14	23
Bundesgebiet insgesamt	26	27	36	35	17	15	12	6	5
davon:									
Nördliche Bundesländer ¹⁾	48	51	64	58	28	24	21	12	10
Südliche Bundesländer	16	16	21	22	11	9	7	3	3

¹⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Berlin (West).
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit.

das Ausbaugewerbe eine stärkere Zunahme der Beschäftigtenzahl in den nördlichen Bundesländern aus. Die Anspannung am Arbeitsmarkt läßt sich auch der Arbeitslosenstatistik entnehmen. Der Anspannungskoeffizient (Arbeitslose je offene Stelle) weist insbesondere für

Baden-Württemberg, Bayern und Hessen Arbeitskräftemangel aus, obwohl dort die Bautätigkeit schwächer war als in den nördlichen Bundesländern. In den nördlichen Bundesländern zeigt der Indikator eine weniger angespannte Arbeitsmarktlage an.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
 BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich. Bearbeitet von Reinhard Pohl. —
Bauwirtschaft: Weitere Verringerung regionaler Disparitäten. Bearbeitet von Jochen A. Hübener.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.
 Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
 Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
 Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —